

# Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdenstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffkotten und J. B. v. Schweitzer.

**Abonnement-Preis** für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 1 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreigepaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.  
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulé; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen auf das 3. Quartal werden bei allen Postämtern noch fortwährend angenommen.

## Politischer Theil. Deutschland.

**Berlin, 10. Juli.** [Zur Schleswig-holsteinischen Angelegenheit.] Ueber die Unterhandlungen zwischen dem Wiener Cabinet und Preußen in der Erb-Prinz-Frage während des Monats Juni, so wie über deren neueste, erst seit dem Ministerwechsel in Oesterreich eingetretene Wendung geben der „Köln.-Ztg.“ aus guter Quelle nachstehende Mittheilungen zu:

Nachdem mehrmalige vertrauliche Schritte des Herrn v. Bismarck in der Absicht, das Wiener Cabinet zur gemeinschaftlichen Aufforderung des Herzogs Friedrich, die Herzogthümer zu verlassen, zu bewegen, erfolglos geblieben waren, ist ein förmlicher Antrag in dieser Angelegenheit in einer Depesche, welche Mitte Juni in Wien übergeben wurde, von Preußen gestellt worden. Zur Begründung wurde zunächst ein umfassendes Bild augustinburgischer Umtriebe in den Herzogthümern gegeben und dann weiter angeführt, daß die sogenannte herzogliche Regierung zu Kiel die öffentliche Meinung der Schleswig-Holsteiner förmlich zu terrorisiren suche, daß sie namentlich die Beamten demoralisire, indem sie dieselben für ihre Agitation benutze, daß der Aufenthalt des Erbprinzen im Lande den zukünftigen Wahlen, resp. Beratungen der Stände die erforderliche Freiheit benehme, und schließlich, daß er den Rechten anderer, vielleicht besser berechtigter Prätendenten offenbar Eintrag thue.

Diese Forderung des preussischen Cabinetes beantwortete Graf Mensdorff ablehnend, indem er die Stichhaltigkeit der Motive in der preussischen Depesche nicht anzuerkennen vermochte. Er hob namentlich hervor, daß man dem Erbprinzen, so lange er als Privatmann auftritt, den Aufenthalt in Kiel nicht verbieten könne, und daß sein Einfluß auf die öffentliche Stimmung in den Herzogthümern genugsam durch Preußen, das ja dort seine Armee und Verwaltung habe, aufgewogen werde.

Die Ablehnung des Grafen Mensdorff hatte eine zweite, mehr entschiedene Note des Berliner Cabinetes zur Folge, in welcher der preussische Minister des Auswärtigen, unter Wiederholung der ersten Argumente, dem Wiener Cabinet gerade heraus erklärt, daß er die Entfernung des Herzogs Friedrich für die Zeit der Wahlen und Verhandlungen der Schleswig-holsteinischen Stände als *conditio sine qua non* (unerläßliche Vorbedingung) der Einberufung des Landtages betrachte und daß er mit aller Entschiedenheit den Agitationen der augustinburgischen Partei entgegenzutreten und Preußens Rechte wahren werde. Dieser zweiten Note gegenüber berief sich Graf Mensdorff, zu erklären, daß das Wiener Cabinet nimmermehr seine Hand zur Anweisung des Erbprinzen bieten werde; was aber die *conditio sine qua non* anbelange, so läge Oesterreich nichts daran, ob die Stände einberufen würden oder nicht; der Vorschlag dazu sei bekanntlich von Preußen ausgegangen und erst in Folge längerer Unterhandlungen von Oesterreich acceptirt worden. Letzteres werde sich daher in diesem Falle auf sein

Condominium zurückziehen, in welchem es die beste Garantie seiner Interessen erblicke.

Zu diesem gespannten Verhältnisse in den letzten Tagen des Juni gesellte sich noch der bekannte Incidensfall der Zollvereins-Unterhandlungen mit Italien. Thatsache ist es, daß der österreichische Geschäftsträger in Berlin vom Grafen Mensdorff instruirte wurde, Herrn v. Bismarck auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welche in der Aufforderung Preußens an die Zollvereins-Staaten, mit dem „Königreiche“ Italien einen Handelsvertrag abzuschließen, für die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Wien und Berlin enthalten seien. Da Oesterreich die commercielle Frage von der politischen nicht trennen könne, so müsse es in dem Schritte Preußens eine Demonstration gegen sich erblicken. Zugleich wurde verkübelt, daß Oesterreich allen seinen Einfluß bei den Mittelstaaten anwenden werde, um die Anerkennung des Königreichs Italien zu verhindern. Von Seiten des Berliner Cabinetes ist der österreichische Protest wohl aufgenommen worden. Herr v. Bismarck lehnte jede Insinuation einer Demonstration ab und beschränkte sich darauf, die volkswirtschaftliche Nothwendigkeit eines derartigen Vorschlages an die Zollvereins-Staaten zu betonen, welcher durch politische Rücksichten, die allerdings für Oesterreich, nicht aber für Preußen von Werth sein mögen, nicht aufgeschoben werden könnte.

So standen die Unterhandlungen in dem Augenblicke, als der bedeutsame Ministerwechsel in Wien statt fand. Die Spannung, mit der man in Berlin der weiteren Entwicklung der Krisis in Wien wegen ihrer nothwendigen Rückwirkung auf die Schleswig-holsteinische Frage entgegen sah, soll, zuverlässigen Nachrichten zufolge, einen für Preußen günstigen Ausgang genommen haben. Wenn wir recht unterrichtet sind, wäre in den letzten Tagen eine Eröffnung auf Befehl des Kaisers an Preußen ergangen, welche, abgesehen von allen inneren österreichischen Fragen, die neueste Wendung der Politik Franz Josephs als eine der preussischen Allianz freundliche bezeichnet und namentlich eine baldige Verständigung in der Schleswig-holsteinischen Frage in Aussicht stellt. Die bereits angeführte Reduktion der österreichischen Armee dürfte in demselben Sinne gedeutet werden.

**Wien, 9. Juli.** [Zur Krisis] verlautet nichts Neues von Bedeutung. Die bezeichnende Erscheinung, daß in den verschiedenen Ländern der Monarchie die einzelnen Bevölkerungs- und Parteelemente mit besonderen Hoffnungen und Ansprüchen hervortreten, dauert fort. Der „Bresl. Ztg.“ wird unterm 7. d. M. von hier geschrieben:

„Moy bukotit a nemot“ — der Deutsche hat Schläge bekommen — das war der Jubelruf, mit dem bei dem Bekanntwerden des Ministerwechsels die hochmagyarische Volksmenge durch die Straßen Klausenburgs in Siebenbürgen, jubelnd und schreitend, stürzte. Sie sehen, der einfache Instinkt leitete diesen reinen Naturkinder sofort zu einer correcten Auffassung der Krisis. Vergleiche ich ihr richtiges Urtheil mit dem höchst überflüssigen Kopierbrechen mancher Wiener Blätter, so kann ich nur mit Schiller rufen: „Was kein Verstand der Verständigen sieht, das läßt in Einsicht ein kindlich Gemüth!“ Der Deutsche hat Schläge bekommen — und mit ihm die einzige Nationalität im weiten Reich, wo der Liberalismus im occidentalen Sinne des Wortes und daher ernste Gefahr für Aristokratie und Clerus zu besorgen ist. Deshalb, und mit vollem Rechte, große Befriedigung im Lager der verkannten Nationalitäten, so wie der Magnaten und Prälaten, die an dessen Spitze stehen.

**Magdeburg, 7. Juli.** [Im Proceß wegen Arbeitseinstellung in Burg] wird am 19. d. M. daselbst öffentlicher Termin sein. Angeklagt sind 277 Arbeiter aus § 182 der Allg. Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 und als Theilnehmer an dem Vergehen der Coalition die Herren Stadtrath Dr. Fordermann aus Burg und Kaufmann Dr. Hirsch von hier, diese beiden, weil sie Unterstützungen an die feiernden Arbeiter vermittelt haben. Wie verlautet, wird auch gegen die Fabrikherren aus § 181 der Gewerbeordnung eine Anlage wegen Coalition erhoben werden; dieser Paragraph bemißt die Strafhöhe ebenso wie der § 182 auf Gefängniß bis zu einem Jahr. Es ist also ein Montreproceß in zwei Abtheilungen zu erwarten, und zwar auf Grund eines Gesetzes, das aus einer selbst im preussischen Staatsbewußtsein überwundenen Richtung stammt. (M. Pr.)

**Stuttgart, 8. Juli.** [Ehegesetz.] In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde der Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung aller seitberigen Beschränkungen der Eheschließung, mit 55 gegen 27 Stimmen angenommen. Der Minister Freiherr v. Baraballer sprach und stimmte für Annahme des Gesetzes.

**Saderleben, 7. Juli.** [Etwas Auffälliges.] Das Ortsblatt meldet aus Altona in einem vom gestrigen Tage datirten Telegramm, daß Morgens um 5 1/2 Uhr die österreichische Militärmusik dem Herzog von Augustenburg in Nienstedten ein Geburtstagsständchen gebracht habe.

## Ausland.

**H. Paris, 7. Juli.** [Enthüllungen über Algerien. Brüsseler Arbeitercongr. Brüsseler Reden.] Die kaiserliche Broschüre über Algerien: „Die Politik Frankreichs in Algerien“ scheint mit der corsischen Rede des Prinzen Napoleon an rücksichtsloser Enthüllung der vorhandenen politischen und socialen Schäden zu wetteifern. Nur sollten die kaiserlichen Enthüllungen nicht, wie jene des Prinzen, den profanen Augen der Menge, sondern den eingeweihten allein ausgesetzt werden, und Girardin, der nicht umhin konnte, einiges davon anzuplaudern, bezog dafür einen Rüssel in der Form eines Communiqué — ein Seitenstück zu jenem andern Rüssel, den der theure Vetter in der Form eines öffentlichen Briefes bezog, weil er aus der Schule schwatzte. Sie finden den von Girardin veröffentlichten Auszug aus der kaiserlichen Broschüre in der „Presse“ vom 5. Juli. Zur Ergänzung, zum Verständniß und zur Illustration der kaiserlichen Broschüre ist Folgendes zu bemerken. Während des jüngsten Aufstandes in Algerien ist hier und in Algier eine sehr bemerkenswerthe Schrift erschienen unter dem Titel: „Möglichkeit und Dringlichkeit des Civilregimes in Algerien“, oder wie er in der Ursprache lautet: „Le régime civil en Algérie, urgence et possibilité de son application immédiate“

Diese Schrift hat dem Kaiser vor seiner Reise nach Algerien die nöthigen Winke gegeben, um den von den Militärbehörden verdeckten Schäden auf die Spur zu kommen. Als er nun in Algerien seine Rundreise machte, stieß er auf merkwürdige, ungläubliche Dinge. Ich will nur Eines hier hervorheben. Sie haben ohne Zweifel gehört und erinnern sich noch, daß während der algerischen Reise von einem Duell zwischen zwei französischen Generalen die Rede war. Die Ursache war folgende. Ueberall wurde der Kaiser von der Bevölkerung, wie sich das von selbst versteht, mit dem Rufe vive l'empereur empfangen. Aber auch überall folgte diesem Bivats regelmäßig ein Vereat auf diese oder jene Militärbehörde in der Form eines à bas un tel nach, so daß der Kaiser selbst sich zu der Bemerkung veranlaßt sah, man scheine sich nur mit Bivats zu ihm hinzudrängen, um dem Unwillen gegen die Militärverwaltung Luft zu machen. Er ließ daher einen jener Franzosen, die an der Spitze der Demonstrationen standen, zu sich beiseiten, um sich direct aus dem Munde der Unzufriedenen Aufschluß zu verschaffen. Dieser wurde ihm denn auch in vollem Maße erteilt. Man bewies ihm unter Andern, daß der jüngste Aufstand geradezu von der Militärbehörde provoziert worden sei, um ihre von allen Seiten angegriffene Stellung wieder durch Heldenthaten zu befestigen, und berief sich dabei auf das Zeugniß eines Generals, der alles, was ihm mitgeteilt worden, bestätigten werde. Der Kaiser ließ nun denselben, den General Vegrand, zu sich kommen, welcher wirklich die Aussagen des Civilisten als wahrheitsgetreu constatirte. In Folge dessen wurde er von einem andern Generale, von de L..., heraufgefordert. — Man wird es unter so bewandten Umständen natürlich finden, daß der Kaiser selbst darauf hält, seine Regierung vom wahren Stande der Sache in Algerien in Kenntniß zu setzen. Die erste Maßregel zur Verbesserung der Lage der afrikanischen Colonie, die Schöpfung einer Finanzcompagnie, ist jedoch weit davon entfernt, ohne Opposition von einflussreicher Seite angenommen zu werden. Es circulirt in der hiesigen Finanzwelt eine Kritik dieser Schöpfung, aus welcher ich folgende Hauptpunkte hervorhebe: 1) Die Operationen der Compagnie sind von langer Dauer und bedürfen, um productiv zu werden, bedeutender Kapitalien; nun kommt der Staat und verlangt gerade da, wo die Compagnie Geld bedarf, um Kanal- und Minenarbeiten u. s. w. in's Werk zu setzen, von ihr eine Summe von hundert Millionen. 2) Der Staat geht überhaupt darauf aus, sich zur Deckung des Deficits in seinem Budget des Geldes der großen Finanzcompagnien zu bemächtigen. So ist die Bank, deren Kapital im Ganzen kaum 215 Millionen beträgt, schon für mehr als 230 Millionen Staatsgläubiger. 3) Im Interesse der Colonie hätte der Staat besser gethan, direct eine Anleihe von hundert Millionen zu machen für öffentliche Arbeiten in Algerien, statt indirect mittelst seiner Garantie; dann hätte er den Colonisten direct 100,000 Hektaren Landes zu 1 Franken Renten während 50 Jahre verkaufen können, wodurch ihnen der Hektar auf 17 Franken 57 Centimes zu stehen kam. Da der Hektar jetzt 157 Franken durchschnittlich kostet, so stieß der ungeheure Vortheil dieser Differenz in die Hände der Finanzcompagnie, statt in diejenigen der Colonisten. „Algier“, so schließt die Kritik, „wird jetzt das Lehngut einer Finanzcompagnie.“ Von wem geht aber diese Kritik aus? Das ist vielleicht das Merkwürdigste an derselben. Man sollte meinen, sie wäre das Werk von den Gegnern der großen Finanzcompagnien. Man sagt sich aber, daß die anonymen Verfasser dieses Flugblattes keine andern, als die Herren Vereire sind, welche den Proteges der Minister Fonds und Rouher aus Concurrrenzweid Opposition machen. — Die „Presse“ vom heutigen Datum veröffentlicht einen Brief der Herren Freiburg und Ch. Limouste an die Mitglieder der internationalen Arbeiterassociation, aus welchem wir die folgenden wichtigsten Punkte entnehmen: Der Congreß bezweckt, die Arbeiter der verschiedenen europäischen Länder zu gemeinsamer Thätigkeit zu vereinigen, um den Zweck der internationalen Association zu erreichen, nämlich Abschaffung des Proletariats, der Sklaverei unter jeglicher Gestalt. Die

Association ruft alle Männer der Zukunft an: Socialisten, Communisten, Phalansterianer, Positivisten (Anhänger von August Comte) und Demokraten. Folgende Fragen werden auf dem Congreß verhandelt: 1. Was muß der Zweck der internationalen Association sein? Welche praktische Mittel kann sie anwenden? 2. Die Arbeit, ihre Folgen in gesundheitlicher und moralischer Hinsicht; die Verbindlichkeit eines Jeden zu arbeiten. 3. Die Arbeit der Frauen und Kinder in den Fabriken in Ansehung der Gesundheit und der Moral. 4. Ueber Arbeitslosigkeit (Chömage) und die Mittel zu deren Abhilfe. 5. Ueber die Arbeitseinstellungen und ihre Folgen. 6. Ueber Associationen; ihr Prinzip, dessen Anwendung. 7. Der elementare und professionelle Unterricht. 8. Das Verhältniß von Kapital und Arbeit. 9. Ausländische Concurrrenz, Handelsverträge. 10. Stehende Heere vom Gesichtspunkte der Production betrachtet. 11. Ist die Moral von der Religion unterschieden? — Jedes Mitglied der Association wird aufgefordert, diese Fragen zu studiren, damit Jeder mit einer klaren Idee über dieselben, oder einige derselben, den Congreß besuche, damit besonders Niemand vergesse, daß die Association, weil sie weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine internationale ist, die Arbeiterfrage nicht von einem particularistischen Standpunkte aus zu behandeln habe. Schließlich werden die Mitglieder, welche noch Fragen vorzuschlagen haben, aufgefordert, sie versiegelt an den Herrn Freiburg, rue des Gravilliers Nr. 44 einzuliefern. — Die „Patrie“ zeigt heute Abend an, daß von der Eingangs genannten kaiserlichen Schrift über Algerien eine zweite veränderte Ausgabe erschienen sei, die jedoch ebenfalls nicht für das große Publikum bestimmt zu sein scheint. — Die Börse zeigte heute eine starke Neigung zur Baisse, die fast in eine Panique auslief, ohne daß man sich über die Ursachen derselben Rechenschaft zu geben wußte. \* Paris, 8. Juli. [Tagesbericht.] Die gestrige „Patrie“ erklärt, daß man die Veröffentlichung der kaiserlichen Broschüre über Algerien nicht gestattet habe, weil dieses Dokument, so zu sagen, nur eine Studie und ein Verwaltungsprogramm sei, da es eine Reihe von Maßregeln enthalte, die Veränderungen unterworfen werden könnten. Uebrigens sei schon eine zweite Ausgabe dieser Broschüre mit Abänderungen erschienen. — Bekanntlich ist allen Journalen verboten worden, den Brief Henri's V. an die Arbeiter zu veröffentlichen. Die „Presse“ gab denselben aber doch und entschuldigt sich heute dadurch, daß sie sagt, das betreffende Verbot sei ihr nicht gekommen. — Abd-el-Kader hat die Ehre, auf Tritt und Schritt von den französischen Telegrammen begleitet zu werden. So wird aus Lyon telegraphirt, daß der Emir die Nacht vom Sonnabend auf den Sonntag dafelbst geschlafen habe und am Sonntag, um 6 Uhr Abends, in Paris eintreffen werde. Abd-el-Kader hat ein Gefolge von zehn Personen, seine Weiber mitgerechnet. In Stambul kaufte er sich eine Circassierin, die er geheiratet hat und in die er sehr verliebt ist. Diese Dame wird nicht ermangeln, in Paris Aufsehen zu machen. Der Sultan gab dem Emir das große Band des neuen Omani-Ordens auf den Weg. Das große Band der Ehrenlegion hat der Emir in Folge seiner noblen Megeleien von Damaskus erhalten. — Auch in Frankreich werden jetzt Beiträge zur Unterstützung des in der Wissenschaft hochberühmten Lieutenanten Muryr gesammelt, der in Folge des amerikanischen Bürgerkrieges seine sämmtliche Habe eingebüßt hat und nun als Greis mittellos in England weilt. — Die bevorstehenden Gemeindevahlen geben dem Berichte Doudet's über die Lage der Gemeinden im Jahre 1862, welchen der Moniteur heute veröffentlicht, ein ganz besonderes Interesse. Die Bevölkerung hatte sich seit 1836 von 33,540,910 auf 37,382,225 Einwohner vermehrt. Die indirecten Einkünfte sind von 616,996,000 auf 1,197,058,000 gestiegen. Die gewöhnlichen Einnahmen, der Zehnten-Ausschlag, die Erträge der Accise, Marktrechte u. s. w. betragen im Jahre 1836 nur 100,848,990 und 1861 bereits 291,899,431 Fr. Die außerordentlichen Einnahmen machten einen Sprung von 24,461,073 auf 149,517,559. Natürlich haben die Ausgaben mehr als gleichen Schritt

mit den Einnahmen gehalten. 1836 wurden für die Verwaltung, für die Unterhaltung der liegenden Güter der Gemeinden, für die Bezahlung der Polizei-Commissare, den Unterricht, die öffentliche Unterstüzung, den Cultus 83,830,926 Fr. ausgegeben, im Jahre 1862 dagegen 256,954,948. Die außerordentlichen Ausgaben sind von 33,962,204 auf 193,283,419 gestiegen. — Die Strikes im Ardèche-Departement hatten Unruhen zur Folge. In Annanay hat aus Unlaß der ArbeitsEinstellung einer der Arbeiter seinen Arbeitsherrn umgebracht, dessen Tod er schwer verlegt und sich hierauf selbst den Tod gegeben.

\* Florenz, 6. Juli. [Freidenker. Spanien. Cholera. Militärisches. Veröffentlichungen.] Die Sekte der Freidenker (liberipensatori), welche zuerst in Mailand auftrat und jegliche positive Religion ausschließt, sucht sich auch in Turin auszubreiten, und zwar in größeren Verhältnissen, als anderswo. Bereits wurden bei der Municipalität Schritte gethan, um ein Stück Land von derselben zu erhalten, worauf alle diejenigen ohne Unterschied des Cultus und ohne jegliche Feiernfeierlichkeit beerdigt werden sollen, die als wahre Freidenker gestorben sind. — Der spanische Geschäftsträger in Turin hat sich auf Befehl seiner Regierung nach Florenz begeben, wo er die offizielle Anerkennung des Königreichs Italien abwartet. Einweilen hat er sich mit dem Cabinet von Florenz in vertrauliche Beziehungen gesetzt. — \*) Da auf der Insel Malta Choleraanfalle vorgekommen sind, so hat die italienische Regierung verfügt, daß die von dort eintreffenden Schiffe eben so wie die von Smyrna kommenden einer Quarantäne unterworfen werden. Die Itale erfährt durch ein ihr unterm 3. Juli von Alexandria in Aegypten zugehendes Telegramm, daß die Sterblichkeit in Karro an diesem Tage 800 und in Alexandria 228 Menschen betrug. Es sind vorzüglich die während der Hitze besonders dumpfen und stinkenden Quartiere, in denen die Cholera wüthet, während wohlgehaltene, reinlich gehaltene Häuser verschont bleiben. — Man spricht heute viel von einer Art militärischen Strikes. Die Offiziere des 1. Garde-Regiments sollen alle oder doch die große Mehrzahl derselben, ihre Entlassung eingereicht haben, weil, wie sie vorgeben, sie sich über das Betragen der Militärbehörde gegen sie oder gegen ihr Regiment zu beklagen haben. Der Fall macht Aufsehen. — Der Bericht des Justiz-Ministers über den neuen Civil-Codex, der mit dem 1 Juni 1866 in Wirksamkeit tritt und einen großen Fortschritt gegen die frühere Gesetzgebung darstellt (er fährt z. B. die Civilehe ein), ist veröffentlicht worden.

— 8. Juli. Die „Gazetta uffiziale“ veröffentlicht den Bericht des Vorsitzenden des Ministeriums an den König über den Gang der Verhandlungen mit Rom. Der Bericht sagt, daß die verbindlichen Vorschläge des italienischen Gouvernements bezüglich des Eides der Bischöfe und der Equatur zurückgewiesen worden seien. Die Unterhandlungen hätten daher abgebrochen werden müssen; das Gouvernement werde in die Rückkehr der abwesenden Bischöfe willigen und nur diejenigen ausnehmen, durch deren Rückkehr die öffentliche Ruhe gefährdet werden könnte.

Petersburg, 9. Juli. [Verkehrserleichterung.] Durch kaiserliches Decret sind Behufs Erleichterung des Verkehrs für viele Handelsartikel die Einfuhrzölle über die europäischen Grenzen theils abgeschafft, theils herabgesetzt, für andere aus den transcaucasischen Häfen kommende die Gebühren ermäßigt, sowie der Ausfuhrzoll von einem Prozent und die Quarantänegebühren an der asiatischen Grenze abgeschafft worden.

Athen, 1. Juli. [Parlamentarisches. Finanzielles.] Die Majorität der Kammer scheint der Regierung gesichert. Eine Anleihe von 10 Millionen Drachmen ist unvermeidlich.

New-York, 23. Juni. [Die Regier. Die Armee.] General Butler hielt bei Gelegenheit eines Bankettes in Lowell eine Rede, in welcher

\*) Nachrichten aus Spanien zufolge droht dort die Geistesfreiheit wegen der Anerkennung Italiens mit einem Aufstande.